

Rückzug der Frauenbewegung?

Wir haben es immer wieder erfahren. Am täglichen Kleinkram wird mehr deutlich als an politischen Analysen. Und das vor allem in der Küche und beim Putzen. So auch auf dem Frauenkongress in Frankfurt, wo statt einer Eröffnung Organisatorisches breitgetreten wurde, wo die Frauen sich erst einmal in die Putzlisten eintragen sollten und ihnen gesagt wurde, daß sie den Frauen bei denen sie übernachteten Geld für das Frühstück dalassen sollten, als ob das Kind nicht gelernt hätte, daß es der Tante dankeschön sagen muß.

„Wir möchten, daß dieser Kongress den Anfang zu einer intensiven Diskussion innerhalb der Frauenbewegung über die Möglichkeiten von offensivem und defensivem Widerstand ist“, hieß es im Eingangsreferat des Kongresses. Intensiv wurde die Diskussion. Intensiv kontrovers. Von der Darstellung konkreter Fälle von Repression wie Nora Poensgen, Margit Czenki, die zu 3000 DM Geldstrafe verurteilt wurde (der Staatsanwalt ging gegen das Urteil in Berufung) die Asta-Frau, die die Frankfurter Nachtdemonstration angemeldet hatte, und der Kündigung des Frauenhofes Gaiganz einmal abgesehen, weil diese Fälle keine Kontroversen zulassen, ging es vor allem um den Politikbegriff. Der Frauenbewegung wurde vorgeworfen, sich in Selbsterfahrungsgruppen zurückzuziehen, immer mehr einer Verinnerlichung aufzusitzen und dabei das eigentliche, die Politik, die staatliche Repression zu vergessen. Die Frauen nähmen sich selbst zu wichtig, „konnten sich selbst als per se revolutionäre Klasse stilisieren“ und setzten im Kampf gegen das Patriarchat verkürzte Alternativen: „Weibliche Unlogik gegen herrschende Vernunft, Reproduktivität der Frauen gegen männliche Zerstörungstechnologie, Wahnsinn gegen Technokratie.“ Die Politisierung des Privaten gelänge kaum: „Joghurt und Sozialarbeit gegen das Gesundheitswesen.“ Und neben der Angst vor der Repression nach Schleyer und Mogadischu sei es schließlich auch zu einer kurzfristigen Politisierung gekommen.

Polemisch und diskriminierend wurde der politische Kampf der Frauenbewegung als Niederlage abgewertet. Kampagnen wie gegen den § 218, die immerhin Reformen gebracht hatten und aus

denen heraus die Zentren der Frauenbewegung entstanden, wurden als gänzlich erfolglos hingestellt. (Wer erwartet denn ein einzelnes revolutionäres Gesetz?) Die Resignation wurde da, wo sie herrscht, verstärkt. Wenn schon in zwei oder drei Zentren im Augenblick nichts läuft, dann soll es doch ruhig überall krachen. Und daß Repression sich nach der Schleyerentführung nicht auch gegen die Frauenzentren gerichtet hat? „Liegt das etwa an unserer Stärke (von der auch schon im extremsten Falle behauptet wurde, daß sie aus unserer Gebärfähigkeit rühre) oder sind wir so ungefährlich geworden, kaum noch in der Öffentlichkeit wahrnehmbar – kein Sand mehr im Getriebe?“ Nur gegen richtige Politik nämlich richtet sich Repression. Das hatten uns doch schon Kominternpolitiker (Zusammenschluß der kommunistischen Parteien vor dem 2. Weltkrieg – d. Red.) beigebracht. Und Revolutionen gehen heroisch von Niederlage zu Niederlage zum Erfolg. Und wer weiß, wenn sich da bei den Frauen nichts ändert, ob der Frauenbewegung nicht das Schicksal der bürgerlichen Frauenbewegung droht, daß sie für den Faschismus anfällig wird. Und da möge uns doch der liebe KB (kommunistischer Bund), zumindest aber unser protestantisch linkes Bewußtsein schützen.

Und der behauptete Rückzug der Frauen, worin besteht er? Täglich entstehen neue Gruppen, neue Projekte. Mit Gruppen für Beratung, gegen Gewalt gegen Frauen. In Beruf und Gewerkschaft, jeden Alters. Resignation in den Zentren entsteht, weil sie die Vielfältigkeit der Ansätze nicht mehr erfassen – nicht weil es zu wenig gibt.

Man(n) sieht uns zwar nicht oft auf der Straße. Wir schwingen nicht Fahnen und Transparente. Aber wir arbeiten dort, wo wir selbst betroffen sind. Denn was helfen uns große Worte, Sprüche, Programme und Linien, die unsere tägliche Situation nicht verändern? Oder unsere Aktivität ausschließlich an dem orientieren, was die männliche Öffentlichkeit herausstreicht? Solange wir den Selbstmord einer alten Frau nicht ebenso wichtig nehmen können wie die Geselbstmordeten in Stammheim, vergessen wir, was uns betrifft, betreffen wird und kämpfen für etwas, was uns selbst kaum widerfahren wird. Sich ausschließlich am Repressionskalender der Linken orientieren, heißt die eigenen Ansätze zurückstellen, heißt die Grundlagen der Frauenbewegung, die wohl die stärkste oppositionelle Gruppierung seit 45 ist, aufgeben.

Die Frauen der autonomen Frauenbewegung, die so argumentierten, stießen auf die Kritik der Frauen, deren sozialistisches Überich durch die Repres-

sion geweckt worden war. Nicht nur von Frauen vom KB. Auch Frauen aus der Frauenbewegung entwickeln immer wieder dieses schlechte Gewissen, nicht effektiv genug zu arbeiten, eigentlich nichts zu tun, daß die eigene Arbeit nichts wert sei. Schließlich sind wir doch alle zu den guten Hausfrauen erzogen worden, die sagen, „ich bin nur Hausfrau“ und zulassen, daß der Mann sagt „Ich arbeite und meine Frau tut nichts“. So war es auch hier. Vergessen waren alle bisherigen Erfolge. Angesichts der staatlichen Repression nur Kleinkram, weil das, was offensiv und subversiv ist, nicht erkannt wurde.

Ist das Problem des Rückzugs angesichts der Repression dann kein aktuelles Problem? Es ist es sicher. Nur anders als es sich die Veranstalterinnen dachten. Es besteht darin, daß es immer weniger Selbsterfahrungsgruppen gibt, weil der Freiraum, in dem sie entstanden, zu eng geworden ist. Daß die Projekte der Frauenbewegung beginnen, sich einzuschränken, z.B. keine öffentlichen Abtreibungen machen, weil ihnen alternative Verhütung wichtiger erscheint und öffentliche Abtreibungen sie in ihrer Existenz bedrohen würden. Daß Frauen zögern, Geld zu sammeln für ein Frauenhaus oder einen Stand zu machen, weil ihnen die Gleichsetzung von Frauen und Terrorismus durch die Medien Angst macht. Diese Angst, die jede von uns hat und deren Berechtigung uns durch die zahlreichen Durchsuchungen von Frauenwohngemeinschaften immer wieder vor Augen geführt wird, geben wir nicht nur zu – wir besprechen sie in unseren Gruppen. Und bei der konkreten Bewältigung dieser Angst vor der Repression haben unsere kleinen „unpolitischen“ Gruppen mehr geleistet, als die 1/4-jährlich stattfindenden Großveranstaltungen der Linken.

Sibylle Plogstedt

Aufruf zum Tribunal: Gewalt gegen Frauen

Veranstaltungsort des Tribunals:
Gesamtschule in Höhenhaus, Köln-
Höhenhaus, Im Weidenbruch 214
(mit Kinderbetreuung)
Beginn: Freitag 28.4.78 20 Uhr

Veranstalterinnen: Frauenzentrum
Köln/Frauen helfen Frauen

Von dem Kongress der Kölnerinnen gegen Repression, der vom 28.-30. April stattfindet, haben wir in Fragen unseres Widerstandes gegen die alltägliche Gewalt und wie wir uns angesichts der politischen Repression verhalten können, sicher mehr zu erwarten.